

Normen/Veranstaltungen

Auf dem Weg zu Smart Cities – Stadtzukunft mit neuen Technologien

Die Digitalisierung durchdringt unseren Alltag und prägt das Leben in unseren Städten. Eine Analyse des BBSR widmet sich der Frage, wie Kommunen den Weg zur Smart City gestalten können. Flexible Stromnetze, aufeinander abgestimmte Verkehrssysteme, intelligente Gebäude, Smartphone-Apps für den Dialog mit den Bürgern – neue Technologien helfen Kommunen, Ressourcen besser zu nutzen, Kosten zu sparen, Entscheidungen transparent zu machen oder neue Formen der Bürgerbeteiligung auszuprobieren. Was versteht man eigentlich unter einer Smart City? Welche Besonderheiten hat sie? Inwieweit ist die intelligente Stadt schon jetzt Realität? Was ist noch Zukunftsmusik? Im Mittelpunkt steht allem die Frage, was Städte und Gemeinden, aber auch die Verantwortlichen in Bund und Ländern heute bedenken sollten, wenn sie sich um diesen Teil der Zukunft unserer Städte kümmern.

Bisher haben vor allem die großen Konzerne die Deutungshoheit über den Begriff der Smart City. Schwerpunkte der Diskussion sind die Infrastrukturnetze, Mobilität und Logistik, Sicherheit, städtische Dienstleistungen und Gebäude. Unternehmen ringen um Marktanteile in einem vielversprechenden globalen Markt. Treiber der Veränderung und Innovationslabore sind derzeit vor allem die Metropolen. Beispiele aus Amsterdam, Birmingham oder Boston machen deutlich, wie die Städte mit internetbasierten Anwendungen die Kreativität und das Know-how der Bürger mobilisieren. Die neuen Technologien intelligent einzubinden, bietet auch einen Vorteil im Wettbewerb um kluge Köpfe und Unternehmen.

Innovation

Kommunalpolitik hat die Aufgabe, die Technologien in das Planungshandeln zu integrieren und sie für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen. Dafür gilt es vor allem, die Kraft des privaten Sektors bei der Erneuerung der Infrastruktur und der Anwendung vernetzter Technologien zu nutzen und in Kooperationen einzubinden. Gleichzeitig wird es darum gehen, auch die Risiken gut zu durchdenken. Dazu gehören Fragen der Datensicherheit oder auch die finanzielle und rechtliche Absicherung der Investitionen. Vielfach kommt es auch darauf an, den Umgang der Bürger mit den neuen Technologien zu stärken und dafür zu sorgen, dass Bürgerbeteiligung nicht an einer digitalen Spaltung scheitert.

**Die Analyse ist kostenfrei und kann per E-Mail angefordert werden:
gabriele.bohm@bbr.bund.de**